

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: 280
FRANZ XAVER FRIEDRICH

II. Ausgabe.

Wien, am 29. September 1933.

Einschränkungen im Wohnungsamt.

Die Massnahmen des Bundes gegenüber der Gemeinde Wien haben weitgehende Sparmassnahmen im Haushalt der Gemeinde zur Folge gehabt. So musste auch der Wohnhausbau gedrosselt werden. Im heurigen Jahr wurden die Wohnhausbauten, die am 31. Dezember 1932 noch nicht vollendet waren, weitergeführt und zum Teil fertiggestellt. Im Frühjahr wurde der Bau von 1.359 Wohnungen und 345 Stadtrandsiedlungshäuser begonnen. Im Herbst konnten neue Bauten nicht in Angriff genommen werden. Die fertigen Neubauten sind bereits besiedelt. In den nächsten Wochen, bis zum Jahresende, werden nur noch etwa 200 Wohnungen fertig werden. Die übrigen noch in Bau befindlichen Wohnungen werden erst im Jahre 1934 vollendet und besiedelt werden können.

Beim städtischen Wohnungsamt stehen derzeit 7.856 Wohnungssuchende in Vormerkung, also weit mehr, als Wohnungen in Bau sind. Dabei sind die Wohnungstauschansuchen, die beim Wohnungsamt erliegen, in der Zahl der Vorgemerkten nicht inbegriffen; sie betragen allein ein Vielfaches der Zahl der Wohnungslosen.

Da mit den noch im Bau befindlichen Wohnungen nicht einmal alle vorgemerkten Parteien versorgt werden können und überdies die Zahl der dringend wohnungsbedürftigen Parteien sich fast täglich durch unverschuldete Delogierungen vermehrt, können Neuvormerkungen im Wohnungsamt bis auf weiteres nicht entgegengenommen werden. Auch der allgemeine Parteienverkehr im städtischen Wohnungsamt muss daher bis auf weiteres eingestellt bleiben.

Das städtische Wohnungsamt hat heute folgende Verlautbarung erlassen:

" Da sämtliche Neubauten besiedelt sind und die Vollen- dung der noch in Bau befindlichen Wohnungen erst im Frühjahr 1934 zu ge- wärtigen ist, können Neuvormerkungen von Wohnungsansuchen und Wohnungs- tauschansuchen nicht mehr entgegengenommen werden, zumal schon heute um das Vielfache mehr Vormerkungen vorliegen, als voraussichtlich Wohnungen vergeben werden können.

Aus diesen Gründen bleibt auch der allgemeine Parteien- verkehr bis auf weiteres eingestellt."